



**Volksbanken AG**  
**7 Mrd. €**

würde den Steuerzahler das Zu-  
sperrern der ÖVAG kosten. Bis  
dato mussten bereits 1,25 Milli-  
arden Euro zur ÖVAG-Rettung  
bereitgestellt werden.

# Milliardenloch



**Hypo Alpe Adria**  
**10 Mrd. €**

verliert die Republik laut OeNB-  
Kalkulationen bei einer Ab-  
wicklung mit 50 Prozent Hair-  
cut. Fünf Mrd. Euro kostet die  
sofortige Liquidation.



**Kommunalkredit**  
**3 Mrd. €**

kostet die Zerschlagung – jetzt.  
Seit der Notverstaatlichung  
2008 flossen 5,3 Mrd. Euro  
Staatshilfe. Heuer könnten wei-  
tere 500 Mio. Euro nötig sein.



>> Die FORMAT exklusiv vorliegenden Dokumente zeichnen jedenfalls ein dramatisches Bild: Das Milliardenloch der Staatsbanken wird in den nächsten fünf Jahren noch größer. Draufzahlen wird abermals der Steuerzahler. Fekter und Co scheinen sich in einem System verfangen zu haben, das sie selbst erschaffen haben und am Ende nicht mehr beherrschen. Denn der Kapitalbedarf steigt unentwegt.

## 1 Die Kärntner Skandalbank: Hypo Group Alpe Adria

Die Hypo Group gilt seit der Verstaatlichung als Milliardengrab. Im Vorjahr stand fest, dass die Kärntner Skandalbank bis Ende 2012 zusätzliche 1,5 Milliarden Euro brauchen wird. In den vergangenen Monaten hat sich die Lage weiter zugespitzt. Aus dem 124 Seiten starken Umstrukturierungsplan, der der EU-Kommission im Februar zur beihilferechtlichen Prüfung zugeschickt wurde, ist ein Bedarf von zumindest zwei Milliarden Euro herauszulesen. Die Risikokosten sollen sich laut Plan in den nächsten vier Jahren auf 1,9 Milliarden Euro summieren. Dementspre-



„Ich kann mir vorstellen, dass die ÖIAG all diese Krisenbanken, an denen der Bund Anteile übernommen hat, managt.“

**Maria Fekter** Bundesministerin für Finanzen

chend rechnet das Hypo-Management bis 2016 mit einem Gesamtverlust von 793 Millionen Euro. Für 2012 wird ein Minus von 281 Millionen Euro budgetiert. Die Zahlen halten unter der Prämisse, dass die Töchter in Österreich und Italien 2014 und das Südosteuropa-Netzwerk 2015 verkauft sind. Sollte es keine Abnehmer geben, sind die Verluste höher.

Das Drohpotenzial ist in einem von Hypo-Boss Kranebitter verfassten Bericht für den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Josef Ostermayer, zusammengefasst. Das Papier trägt den Titel „Umsetzung des Restrukturierungsplans“. Für den Fall eines beschleunigten Abverkaufs wird ein „Verlust von mindestens zwei Milliarden Euro“ prognostiziert. Eine „sofortige Liquidation“ der Hypo Group, die eine „Insolvenz der Holding“ und die „Notverstaatlichung der SEE-Banken“ zur Folge hätte, würde einen „Verlust von mindestens fünf Milliarden Euro“ bedeuten.

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Verluste kalkulierten Nationalbank und Banken-ÖIAG Fimbag die Kosten einer geordneten Hypo-Abwicklung durch. Für den Staat wird es nicht billiger. Laut OeNB-Papier würde bei einem Schuldenschnitt („Haircut“) von 50 Prozent die Gesamtbelastung für die Republik bei rund zehn (!) Milliarden Euro liegen. Angesichts dieser Horrorszenarien wollen Hypo-Chef Kranebitter und Finanzprokurator Wolfgang Peschorn aggressiver gegen dokumentierte Hypo-

## landesbanken

### Gefährliche Milliardenrisiken schlummern in den Bundesländern

Die Hypo-Banken sind die Spielwiesen der Landesfürsten. Großzügige Landeshaftungen halten sie künstlich am Leben.

**H**annes Androsch nennt die Gefahr beim Namen: die Landeshypothekenbanken. Es sind die Landeshaftungen, die dem ehemaligen Finanzminister und amtierenden Vizevorsitzenden des Aufsichtsrats der Banken-ÖIAG Fimbag schlaflose Nächte bereiten. „Die Kärntner haben rund 18 Milliarden Haftungen und die Niederösterreicher auch noch einiges“, sagt Androsch. Den Hypo-Bankchefs müsse man genauer auf die Finger schauen. Denn die Hypos gefährden sich nicht nur selbst, sondern „auch die ganzen öffentlichen Finanzen“. Nachsatz: „Das könnte uns alle treffen.“

Tatsächlich summieren sich die Landeshaftungen laut FORMAT-Recherchen auf sagenhafte 54,89 Milliarden Euro. Dass in den Bundesländern gefährliche Milliardenrisiken schlummern, ist seit der spektakulären Pleite der Hypo Group Alpe Adria bekannt. Das Land Kärnten war Ende 2009 nicht in der Lage, den



**DIE LANDESFÜRSTEN Günther Platter (Tirol) und Erwin Pröll (NÖ) wollen die Landesbanken nicht aufgeben.**

Zusammenbruch zu verhindern. Zur Rettung musste die Republik einspringen.

Die Hypo Alpe Adria ist kein Einzelfall. Für Schlagzeilen sorgte auch die Bank Burgenland. Der Hypo Niederösterreich rund um Landeshauptmann Erwin Pröll machen aktuell dubiose Offshore-Deals zu schaffen. Fehlge-

schlagene Kreditgeschäfte in Bayern und Italien kosteten die Hypo Tirol ein Vermögen, und Landesvater Günther Platter bangt angesichts von 7,1 Milliarden Euro an Haftungen um sein Landesbudget.

Landeshaftung	
Kärnten	17,50 Mrd. €
Wien	8,47 Mrd. €
Tirol	7,10 Mrd. €
Vorarlberg	5,97 Mrd. €
Niederösterreich	5,84 Mrd. €
Oberösterreich	3,58 Mrd. €
Steiermark	3,07 Mrd. €
Burgenland	2,50 Mrd. €
Salzburg	0,86 Mrd. €
<b>Total</b>	<b>54,89 Mrd. €</b>

Gestützte Landesbanken sind für die Banklandschaft verzichtbar. Österreich ist overbanked. Daher werden die Hypos über kurz oder lang dem Konsolidierungsdruck zum Opfer fallen. Bis dato waren sie die Spielwiese der Landeshauptleute. Die Hypos finanzierten deren teure Prestigeprojekte. Solange sie den Befehlen des Landesvaters gehorchten, gab es großzügige Landeshaftungen. Das war der Deal. Kärntens Jörg Haider

und Wolfgang Kulterer machten es vor.

Ob Hypo Alpe Adria oder Bank Burgenland – beendet wurde das wilde Hypo-Treiben immer mit einer Pleite.

– B. BRISCHAR, A. SANKHOLKAR



**GOTTWALD KRANEBITTER.** Der Hypo-Alpe-Adria-Chef wünscht sich eine Bad Bank mit zehn Milliarden Euro Haftungsschirm.



**ALOIS STEINBICHLER.** Der Kommunalkredit-Boss managt ein riskantes CDS-Paket von über acht Milliarden Euro.

Nutznießer vorgehen. Dazu gehören Schadenersatzklagen nicht nur gegen die Ex-Hypo-Chefs Wolfgang Kulterer und Tilo Berlin, sondern auch gegen die milliardenschwere Flick-Privatstiftung, die einer der größten Hypo-Profiture war (FORMAT 28/12). Auch die Hypo-Geldflüsse von und nach Liechtenstein werden einer genauen Prüfung unterzogen. Immerhin versicherten dort mehrere Hundert Millionen Euro Hypo-Geld. Finanzprokurator Peschorn und Hypo-Sonderermittler Georg Krakow wollen so viel wie möglich davon zurückholen, um die Republik zu entlasten.

Die Gründung einer neuen Hypo-Bad-Bank – intern als „Wind-Down“-Portfolio bezeichnet – war laut EU-Umstrukturierungsplan ebenfalls vorgesehen. Das Charmante daran: Eine Cashzufuhr wäre nicht nötig gewesen, und der Zahlag wäre weiter in die Zukunft hinausgeschoben worden. Ein Haftungsrahmen von zehn Milliarden Euro für die Abbau-Einheit hätte gereicht.

Der Vorschlag scheiterte, weil die Konstruktion das Budgetdefizit von 73,5 auf 76 Prozent erhöht hätte, was weit über der EU-Defizitgrenze von 60 Prozent liegt und politische Troubles programmiert hätte. Zudem wollte Finanzministerin Fekter keine zweite Müllhalde mit unverkäuflichen Derivat-, Kredit- und Wertpapieren in ihrem Haus. Die Kommunalkredit reicht ihr da vollkommen.

## 2. Der gescheiterte Gemeindefinanzierer: Kommunalkredit und KA Finanz AG

Tatsächlich gilt die Kommunalkredit-Gruppe als gefräßiges Geldmonster mit zwei Köpfen. Die auf Gemeindefinanzierungen spezialisierte Kommunalkredit Austria AG und die Giftmülldeponie KA Finanz AG, wo faule Anleihen und gefährliche Derivatprodukte bunkern, entstand aus der Spaltung der „alten“ Kommunalkredit. Zur Stützung pumpte der Staat innerhalb von dreieinhalb Jahren 5,3 Milliarden Euro in die Bank. Eine runde Milliarde Euro wurde zuletzt im Frühling aufgestellt, um Verluste aus griechischen Staatsanleihen und Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) abzudecken. Noch immer trägt die Risikomasse der „Bad Bank“ KA Finanz AG gefährliche 17,7 Milliarden Euro.

PIIGS-Staatsanleihen mit einem Volumen von 3,13 Milliarden Euro gehören ebenso dazu wie ein CDS-

Portfolio von 8,3 Milliarden Euro, das eine tickende Zeitbombe ist. PIIGS steht für Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien. Bereits eine teilweise Pleite kann die CDS-Bombe zünden und die Kommunalkredit zu Zahlungen verpflichten.

Vor wenigen Wochen klopfte Kommunalkredit-Boss Steinbichler daher bei Finanzministerium und Banken-ÖIAG Fimbag an und deponierte den Wunsch nach einer halben Milliarde Euro. Damit sollte die Basis geschaffen werden, um künftigen Milliardenverlusten vorzubeugen. Denn beim Verkauf ihrer milliardenschweren Bond- und CDS-Pakete müsste die KA Finanz neue Verluste realisieren. Zur Abdeckung fehlt ihr aber bilanztechnisch das nötige Eigenkapital von 500 Millionen Euro.



**„Ich spreche von tiefgreifenden und vielleicht auch als schmerzhaft empfundenen Veränderungen in der Volksbanken AG.“**

**Stephan Koren** Generaldirektor der Volksbanken AG

Für Fekter kommt ein neuer Zuschuss derzeit nicht infrage. Auch die Zerschlagung der Kommunalkredit, wie sie die Opposition immer wieder gefordert hat, ist für Fekter momentan tabu. Laut Schätzungen des Finanzministeriums würde das rund drei Milliarden Euro kosten. Das wäre politischer Selbstmord.

Vor der Nationalratswahl 2013 wird die Kommunalkredit somit keine weiteren Geldspritzen erhalten – auch wenn die späteren Drohverluste noch höher ausfallen könnten. Fekters Stoßrichtung: Alois Steinbichler soll das Obligo „kapitalschonend“ abbauen. Im Finanzministerium stirbt die Hoffnung zuletzt. Selbst die katastrophalen Erfahrungen mit der Volksbanken AG haben daran nichts geändert.

## 3. Das kollabierte Spitzeninstitut: Österreichische Volksbanken AG

„Ich spreche von tiefgreifenden und vielleicht auch als schmerzhaft empfundenen Veränderungen in der Volksbanken AG“, sagt der designierte ÖVAG-Boss Stephan Koren. Dass die Zeit nicht alle Wunden heilt, haben die Volksbanker in den vergangenen Jahren eindrucksvoll bewiesen. Bankenaufsicht, Ministerium und Nationalbank sahen den genossenschaftlich organisierten Geldjongleuren tatenlos zu. Die Rechnung bekam der Steuerzahler im April präsentiert: 700 Mil-

>>

Überblick HAA Group Stress Pessimistic Case				Business Plan				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Act	Act	FCII	Budget	Plan	Plan	Plan	Plan
in € Mio.								
Erträge	858	822	954	826	710	735	552	115
Aufwendungen	-541	-595	-588	-502	-471	-459	-341	-32
Risikokosten	-1.672	-1.213	-297	-602	-473	-356	-307	-173
Gewinn nach Steuern	-1.550	-1.055	37	-281	-246	-103	-70	-93
in € Mrd.								
Bilanzsumme	41.079	38.753	35.873	33.891	33.777	24.168	10.560	8.890
Forderungen an Kunden (Brutto)	30.117	28.657	27.768	24.058	19.493	11.564	3.610	3.016
Erlagen	7.650	8.120	8.252	8.801	8.596	8.247	1.382	1.197
Neugeschäft Kredit	n/a	2.236	2.458	1.079	1.119	1.612	1.788	0
RWA (credit risk)	27.908	24.611	23.747	21.559	19.009	14.486	7.942	6.409

**HYPO-UMSTRUKTURIERUNGSPLAN 2012. Bis 2016 wird die Hypo Group jedes Jahr Verluste bauen – in Summe 793 Millionen Euro. Allein heuer werden 281 Millionen Miese budgetiert.**

>> lionen Euro Staatsgeld wurden versenkt – zum Verlustausgleich. 550 Millionen Euro stecken noch in der Bank. Damit das Kapital nicht ebenfalls verpufft, wurde der gesamte Volksbanken-Sektor in die Pflicht genommen. Warum das nicht früher geschehen ist, will Fekter nicht kommentieren.

Im 160 Seiten starken „Umstrukturierungsplan“ vom Juli 2012 wird der ÖVAG-Umbau beschrieben. Im Zentrum steht ein strenger Haftungsverbund, wo die ÖVAG die lokalen Volksbanken streng dirigiert und kontrolliert. Das ist ein Kulturbruch. Denn früher war es umgekehrt. Im Umstrukturierungsplan, der von ÖVAG-Vizegeneral Michael Mendel konzipiert und mit der EU-Kommission endverhandelt wurde, sind folgende Eckpunkte festgelegt: Die Bank schrumpft um die Hälfte und wird sich künftig nur noch auf das Kerngeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen konzentrieren. Immobilienkredite und Unternehmensfinanzierungen mit einem Gesamtvolumen von acht Milliarden Euro werden sukzessive an andere Banken verkauft. Dabei handelt es sich nicht um faule Kredite, sondern um Geschäfte mit ATX-Bluechips wie OMV, Post oder Telekom Austria. In zwei Jahren soll zudem die rekapitalisierte Rumänien-Tochter und die profitable Leasing-Einheit abgestoßen werden. Als logische Konsequenz wird die Mitarbeiterzahl laut Umstrukturierungsplan bis 2017 von 800 auf 400 sinken. Sind diese Hausaufgaben einmal erledigt, steht einer Wiederaufnahme der Fusionsverhandlungen mit der Bawag nichts mehr im Wege. Sollte der Umstrukturierungsplan jedoch nicht greifen, muss der Staat mit einem Milliardenzuschuss einspringen oder die Bank abgewickelt werden. Beides will Finanzministerin Fekter tunlichst vermeiden.

**Enger Spielraum.** Sehr viel Spielraum hat Fekter ohnedies nicht mehr. Der Eigenkapitalrahmen laut Finanzmarktstabilitätsgesetz liegt bei 15 Milliarden Euro. Davon sind laut einer Stellungnahme des Finanzministeriums vom 16. Juli 2012 exakt 11,69 Milliarden Euro ausgenutzt. Die verbleibenden 3,3 Milliarden Euro könnten noch heuer durch Hypo Group und Kommunalkredit aufgebraucht sein. Dann gibt's nix mehr zu verteilen. Es sei denn, dass Erste Group, Raiffeisen International und Bawag ihre in Summe 3,02 Milliarden Euro Partizipationskapital zurückzahlen. Doch damit rechnet nicht einmal Maria Fekter.

– ASHWIEN SANKHOLKAR

# „Die heiße Luft“

## FIMBAG-Vize-Aufsichtsratschef

**FORMAT:** *Wie beurteilen Sie die politischen Bemühungen zur Rettung Europas?*

**Androsch:** Die Stabilisierung des Systems der europäischen Banken und Volkswirtschaften mit den Stützmauern wie dem ESM (*Europäischer Stabilitätsmechanismus; Anm.*) dauert schon viel zu lange. Diese Verzögerungen aus politischen Gründen haben die Lage nicht erleichtert, sondern maßlos erschwert. Man hat sich ja noch nicht einmal auf Spielregeln für ein besser funktionierendes, der Realwirtschaft dienlicheres Bankensystem geeinigt. Da ist wertvolle Zeit verloren gegangen.

**FORMAT:** *Ein wesentlicher Grund der Krise ist ja das jahrelange Auseinanderdriften von Real- und Finanzwirtschaft. Kann man beziffern, wie groß die daraus entstandene Blase ist?*

**Androsch:** In den letzten 20 Jahren wurden durch das immer größere Auseinanderdriften von Real- und Finanzwirtschaft 3.000 Milliarden Euro Spekulationsgeld, also gleichsam heiße Luft, aufgepumpt – und die müssen wir jetzt ausschwitzen.

**FORMAT:** *Dazu braucht man aber gute Medikamente. Die Bankenrettung war nach Ihren Worten bislang ein „Blindflug im Nebel ohne Radar“.*

**Androsch:** Man hat unter enormem Zeitdruck zunächst wohl das relativ Beste gemacht, was man unter



„Es wurden 3.000 Milliarden Euro Spekulationsgeld, also heiße Luft, aufgepumpt.“

den gegebenen Umständen im Interesse der Stabilität des österreichischen Finanzplatzes tun konnte. Natürlich ist es unverantwortlich, dass man etwa bei der ÖVAG so lange gebraucht hat, um ein Management zu finden. Aber heute geht es darum, um bei der fliegerischen Metapher zu bleiben, jene Teile, die nicht mehr abheben können, mit den geringsten Belastungen für den Steuerzahler aus dem Verkehr zu ziehen und den flugtauglichen Rest der Flotte abzusichern, also das Finanzsystem wieder voll funktionsfähig zu machen.

**FORMAT:** *Um bei dem Vergleich der Flotte mit der österreichischen Bankenlandschaft zu bleiben: Werden alle Flugzeuge, sprich Banken, landen können?*

**Androsch:** Wenn Sie auf Hypo Alpe Adria, ÖVAG und Kommunalkredit Finanz AG anspielen: Diese bewegen sich in einem extrem schwierigen Marktumfeld.

# müssen wir jetzt ausschwitzen“

Hannes Androsch sieht bei den staatlichen Banken noch ein Risiko von 35 Milliarden Euro.



**HANNES ANDROSCH:** „Es muss in Österreich allen klar sein, dass es ungemein wichtig ist, den monetären Blutkreislauf in Schwung zu halten. Sonst droht uns Schlimmeres.“

**FORMAT:** Welche Risiken schlummern bei der teilverstaatlichten ÖVAG und den verstaatlichten Banken Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit?

**Androsch:** Die Risiken schlummern nicht mehr. Sie sind schon schlagend geworden – sonst hätte man ja keine Verstaatlichungsmaßnahmen setzen müssen – noch dazu mit der Zustimmung eines Koalitionspartners, der bekanntlich Verstaatlichungen nicht sehr schätzt.

**FORMAT:** Anders gefragt: Wie viele Risiken schlummern noch bei ÖVAG, HAA und KK?

**Androsch:** Man kann sagen, dass die drei verstaatlichten bzw. teilverstaatlichten Banken problematische Aktiva in einer Größenordnung von 30 bis 35 Milliarden Euro haben. Das bedeutet aber nicht, dass diese gänzlich verloren sind. Dass aber nichts davon verloren gehen wird, ist ebenfalls eine Illusion. Das wollen manche Leute nur immer gerne glauben. Diese letztlich zu verkraftende Summe wird keine Katastrophe auslösen, aber eine Belastung sein.

**FORMAT:** Aber auch keine kleine Belastung.

**Androsch:** Es muss in Österreich allen klar sein, dass es ungemein wichtig ist, den monetären Blutkreislauf in Schwung zu halten. Das ist ungemein wichtig und im Interesse jedes Arbeitnehmers, jedes Industriellen, jedes Gewerbetreibenden – sonst droht uns sehr viel Schlimmeres.

**FORMAT:** Wie kann man denn die Situation bei den drei Banken wieder in den Griff bekommen?

**Androsch:** Die Banken befinden sich in einem sehr problematischen Marktumfeld, in dem die Einbringlichkeit der schlechten Aktiva, vom Verwerten der Sicherheiten bis zum Verkauf von Tochterbanken etc., extrem schwierig ist. Das erfordert ein sehr gutes Abwicklungsmanagement. Es kommt auf die Balance an: Ist es klüger, einen Verlust heute zu realisieren oder bessere Verwertungsmöglichkeiten abzuwarten und bis dahin eine Differenz zwischen nicht zu erhaltenden Zinsen und den zu zahlenden Refinanzierungszinsen für längere Zeit hinzunehmen?

**FORMAT:** Wie viel wird das den Steuerzahler noch kosten?

**Androsch:** Das lässt sich schwer abschätzen. Es ist eine Frage, wie lange das Marktumfeld so schwierig bleibt, wie es derzeit ist – man kann auch sagen, wie lange die Krise noch dauern wird. Das zeigt aber einmal mehr, wie wichtig die internationalen Bemühungen zur Krisenbewältigung sind und dass es darauf ankommen wird, die Finanz- und Bankensysteme wieder funktionsfähig zu machen. Der Eigentümer Bund muss aber auch mit der Verpflichtung leben, in überschaubarem Umfang und über die Zeit verteilt, allenfalls erforderliches Kapital bereitzustellen. In Österreich haben wir auch noch einiges auszuschwitzen, aber auf 20, 30 Jahre verteilt, wird das möglich sein.

**FORMAT:** Bei den Landes-Hypos könnten aber noch weitere Probleme drohen.

**Androsch:** Da für die Landes-Hypos Landeshaftungen bestehen, alleine die Kärntner haben 18 Milliarden Haftungen und die Niederösterreicher ebenfalls einiges, kann dies auf die öffentlichen Finanzen durchschlagen. Dieses Damoklesschwert dürfen wir nicht außer Acht lassen.

**FORMAT:** Sie fordern seit langem ein österreichisches Bankenkonzept: Wer sollte das erstellen? Sollte man das jetzt auch noch mit Verspätung angehen oder versuchen, aus der bisherigen Situation das Beste zu machen?

**Androsch:** Gefordert sind Finanzministerium, Aufsichtsbehörde und Notenbank. Hier gibt es schon noch einiges zu tun. Wahrscheinlich gibt es auch nicht nur ein einziges sinnvolles Gesamtkonzept für eine stabile zukünftige Struktur der heimischen Banklandschaft, sondern durchaus auch vernünftige Varianten, die mitzüberlegen sind. Dass sich Betroffene gegen Strukturveränderungen wehren und dass der Staat Eigentümerrechte zu respektieren hat, schränkt die Veränderungsmöglichkeiten selbstverständlich ein. Gleichzeitig hat das Bankenpaket aber auch Chancen eröffnet, Veränderungen in Angriff zu nehmen, und diese Chancen sollte man endlich nutzen. Im Finanzministerium beginnt man das zu erkennen.

INTERVIEW: THOMAS MARTINEK